

UZ Unsere Zeit Zeitung der DKP

notizen

Nov./Dez. 2023
aus Bottrop

Diese Regierung macht uns arm! Die Dividenden steigen – aber unsere Sorgen auch



Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben.

Der Stadt Bottrop steigt aktuell – wie vielen Menschen auch – das Wasser bis zum Hals. Wer hoffte, dass die Regierung Abhilfe schafft, ist nach über einem Jahr Krisenpolitik, „Doppelwumms“ und „Entlastungspaketen“ bitter enttäuscht.

In Folge des Wirtschaftskrieges gegen Russland erreichte die Inflation ein Rekordniveau, vor allem steigen die Preise für Lebensmittel rasant. Wir alle zahlen den Preis für das Regierungsziel, Russland mit einseitigen Sanktionen zu „ruinieren“, wie Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) es formulierte. Besonders hart betroffen sind Haushalte der „kleinen Leute“, da Preissteigerungen überwiegend notwendige Güter und Dienstleistungen betreffen. Für die Stadt Bottrop bedeutet das große und kleine Kollateralschäden: Die Erweiterung des Rathauses ist gestrichen, die Finanzierung des „Schwimmhelfer/innen“-Projekts für Kinder ist bedroht.

Auf der anderen Seite stiegen die hundert größten Unternehmen ihren Umsatz um 30 Prozent und die Gewinne um 22 Prozent auf 145 Milliarden Euro.

Aktionäre kassieren horrenden Dividenden: bei Daimler Benz 5,3 Milliarden, bei BMW 4,4 und beim Allianz-Konzern ebenfalls über 4 Mrd. Euro. Insgesamt stieg die Dividendenausüttung der DAX-Konzerne im Krisenjahr auf das Rekordniveau von 55 Mrd. Euro.

Zu Beginn der Haushaltsberatungen im Bundestag präsentierte Finanzminister Christian Lindner (FDP) den Abgeordneten das, was sie von ihm erwarteten: den teuersten Kriegshaushalt Europas. Mit Militärausga-

ben in Höhe von 85,5 Milliarden Euro zieht die Bundesrepublik an allen anderen EU-Staaten und auch an der Russischen Föderation vorbei.

Die ökonomischen Verwüstungen durch diese Politik zeigen sich in den leeren Geldbeuteln der deutschen Bevölkerung. Während Rüstungs- und Energiekonzerne Rekordgewinne verzeichnen, wird das Leben für die große Mehrheit immer teurer. Während wöchentlich neue Subventionen erdacht werden, um die Profite des Kapitals zu steigern, legt die Regierung die Axt an die verbliebenen Reste des Sozialstaates. BAföG, Wohngeld, Bildung, Kinderschutz und Katastrophenhilfe – die Liste des sozialen Kahlschlags ließe sich lange fortsetzen. Es ist ein Pakt der Milliardäre und Kriegsgewinnler gegen die Menschen, die täglich darum kämpfen, ihre Miete zu bezahlen.

Die Ampel mag zerstritten sein, doch keine der beteiligten Parteien streitet dabei für einen Ausweg aus der derzeitigen Situation, in der die Arbeiterinnen und Arbeiter für Krieg und Krise aufkommen. Diesen Ausweg könnte es nur geben, wenn Friedensverhandlungen aufgenommen, der Wirtschaftskrieg gestoppt und die Reichen zur Kasse gebeten würden. Dass der Kanzler stattdessen an das nationale Gewissen appelliert, wird in den bürgerlichen Medien als Zeichen der Stärke gewertet. Tatsächlich ist es ein Bekenntnis dazu, dass diese Regierung den Verlierern ihrer Kriegspolitik nicht mehr zu bieten hat als Nebelkerzen und Scheinpatriotismus.

Sprechstunden der DKP-Ratsgruppe

Montags 16:30 - 18:30 Uhr
Donnerstags 9:30 - 11:30 Uhr

DKP-Büro, Bottrop,
Germaniastraße 54



Telefon: 688157
www.dkp-bottrop.de
und bei Facebook

Wirklich keine Alternative

Hört man Vertretern der AfD zu, stößt man immer wieder auf ihre Forderungen nach mehr Freiheiten. Doch welche Freiheiten strebt die AfD an? In den programmatischen Forderungen drückt sich besonders ein Ruf nach Freiheiten durch: der für das Unternehmertum.

Die Pläne der AfD nach einer totalen Marktwirtschaft tragen den Verlust unserer gesetzlichen Rechte und Absicherungen in sich. Gesetzliche Krankenversicherungen, Sozialversicherungen, Rentenversicherungen sollen Produkten der Privatversicherungen weichen. Den Freiheiten der Immobilienkonzerne sollen unsere Rechte als Mieter geopfert werden. Der bereits amputierte Kündigungsschutz für Arbeitnehmer soll gänzlich einer Flexibilität im Umgang mit dem „Humankapital“ weichen. Der AfD reicht nicht die deutsche Besonderheit des Verbots politischer Streiks, betriebliche und gewerkschaftliche Klassenkämpfe sind der AfD generell ein Dorn im Auge, wie auch Existenz und Einfluss der Einheitsgewerkschaften. Der Wegfall des der AfD verhassten Mindestlohns würde bei der gegenwärtigen Preisentwicklung bei vielen Menschen für neue Realitäten hinter dem Begriff Armut sorgen. (siehe auch Seite 8)

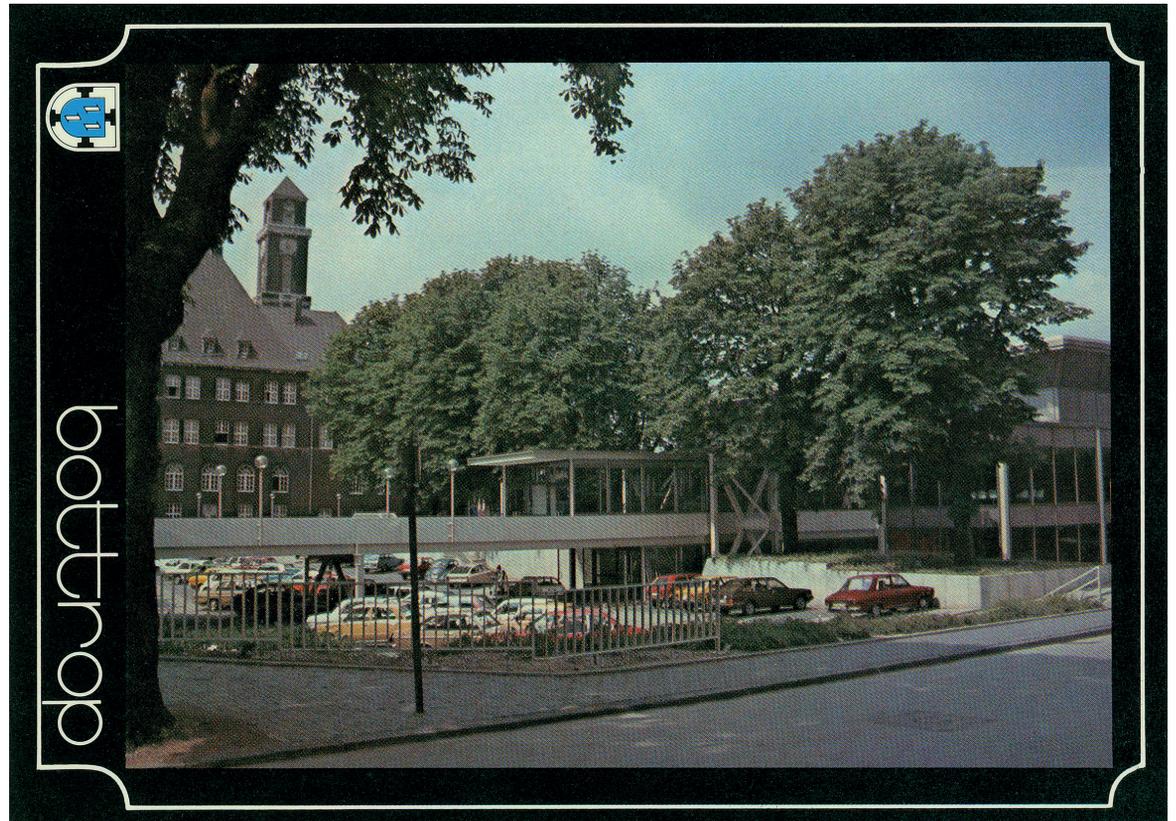
Saalbau und Rathuserweiterung sind Geschichte

Abschied von Vernunft und Kultur

Der Bottroper Rat hat auf seiner Sitzung am 19. September mehrheitlich entschieden, die Planungen für die Erweiterung des Rathauses unmittelbar an dem bestehenden Gebäude zu verwerfen. Stattdessen stehen die Zeichen auf ein Flickwerk von Einzellösungen, deren Kosten letztendlich höher als eine Gesamtlösung werden. Ebenso wurde die Erarbeitung eines „alternatives Nutzungskonzeptes“ beschlossen, das den endgültigen Abriss des Saalbaugebäudes bedeutet.

Die Kosten für einen Anbau am Rathaus wurden noch im Juni mit über 115 bis 120 Millionen Euro beziffert, später zeichneten Berater die Gefahr von Kostensteigerungen bis zu 157 Millionen Euro. Der Anbau hätte nahezu alle Beschäftigten der Stadtverwaltung, die heute auf unterschiedliche Gebäude im Stadtgebiet verteilt sind, einen Arbeitsplatz in unmittelbarer Nähe des Rathauses geboten. Damit wäre ein großer Vorteil für die Bürger verbunden gewesen. Aber das ist Geschichte. Es bleibt also bei den Mietzahlungen für ausgelagerte Bereiche der Stadtverwaltung in Höhe von über 2,15 Millionen Euro im Jahr.

Folgerichtig hat die DKP im Rat gegen diese Vorlage gestimmt. DKP-Ratsfrau Irmgard Bobrzik begründete das während der Sitzung: „Die Sitzungsvorla-



1981 war der Saalbau noch eine Ansichtskarte wert.

ge entlarvt den Zustand der demokratischen Selbstverwaltung unserer Stadt. Die ist Opfer einer Bundes- und Landespolitik geworden, die über Jahrzehnte die Kommunen bewusst in die Armut getrieben hat.

Die Hoheit über die Finanzen der Stadt Bottrop übt nicht mehr unserer Rat aus. Für die Finanzierung einer sinnvollen Rathuserweiterung entscheiden wir nicht mehr, wir können lediglich

bei der Bezirksregierung betteln gehen. Und das scheint nach der Verwaltung aussichtslos zu sein, ist der Vorlage zu entnehmen.“

Sie plädierte dafür, keine Flickschusterei zu beschließen, sondern in den nächsten Monaten eine Gesamtkonzeption zu erarbeiten und sie der Bezirksregierung vorlegen. Wenn die dann die Genehmigung für eine umfassende, eine finanziell und sachlich vernünftige Lösung verweigern sollte, müssten notgedrungen andere Wege gesucht werden.

Zum Abriss des Saalbaugebäudes führte Irmgard Bobrzik aus: „Das zeigt den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, dass der Stadtrat nicht in der Lage ist, das Erbe der vorherigen Generationen zu wahren. Ich habe in der Ratssitzung am 15. Februar im letzten Jahr auf die Entstehungsgeschichte des Saalbaus hingewiesen.

Die SPD hatte 1969 angekündigt: „Um den kulturellen Ansprüchen zu genügen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, ist in der nächsten Amtsperiode des Rates der Bau

der Stadthalle durchzuführen. Die sozialdemokratischen Ratsmitglieder werden alles dransetzen, um diese Absicht fristgerecht zur Tat werden zu lassen! Und ich habe auf die Veröffentlichung des ehemaligen Stadtdirektors Norbert Wallmann hingewiesen, in der er betonte, dass der Saalbau politisch gewollt und auch ein besonderer Teil der Daseinsfürsorge für die Bürger anzusehen sei.

Nun ist es also vorbei mit diesen kulturellen Ansprüchen, mit gesellschaftlichem Zusammenhalt und Daseinsfürsorge für die Bürger. Nicht erst seit heute. Wie einst der Saalbau politische gewollt war, so ist sein jahrelanger Verfall ebenso politisch gewollt gewesen.“

Impressum

UZ-Notizen aus Bottrop
Ausgabe Nov/Dez 2023

Herausgeber:
DKP-Ratsgruppe Bottrop
V.i.S.d.P.: Irmgard Bobrzik,
Germaniastraße 54
46 236 Bottrop



Foto: Werner Sarbok

„Der Abriss des Saalbaugebäudes zeigt den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt, dass der Stadtrat nicht in der Lage ist, das Erbe der vorherigen Generationen zu wahren.“

Irmgard Bobrzik

Anträge der DKP-Ratsgruppe für das Haushaltsjahr 2024

10 Millionen Euro für den kommunalen Wohnungsbau!

Vom 22. bis 24. September hat sich die DKP-Ratsgruppe im westfälischen Ahaus auf die Etatberatungen der Stadt Bottrop vorbereitet. 946 DIN-A-4 Seiten dick ist der Entwurf des Haushaltsplans, der am 12. Dezember im Rat der Stadt verabschiedet werden soll.

Die Kommunistinnen und Kommunisten orientierten sich bei ihrer Beratung an den Forderungen, mit denen sie erfolgreich in die Kommunalwahlen 2020 eingegriffen haben.

So fordert die DKP die Wiedereinführung des Bottrop-Passes. Die Lehrmittelfreiheit darf nicht auf kaltem Weg eingeschränkt werden, daher steht die DKP für die Beitragsfreiheit von Kitas und der Offenen Ganztagschule.

Wichtig ist die dauerhafte Sicherstellung von bezahlbaren Mieten. Daher beantragen die Kommunisten die Einstellung von 10 Millionen Euro für den kommunalen Wohnungsbau.

Zur Senkung der Mieten und der Entlastung von Eigenheimern beantragt die DKP die Senkung der Grundsteuer B.

Der Putzdienst an Schulen und bei der Stadtverwaltung muss rekommunalisiert werden als Beginn einer umfangreichen generellen Rekommunalisierung.

Diese Forderungen liegen nach wie vor im Interesse der Bottroper Bevölkerung. Daher wird die DKP sie auch wieder in die Etatberatungen einbringen.

Fraktionszuwendungen halbieren!

Die DKP hat durchaus auch einen Sparvorschlag. Folgt der Rat dem Antrag der DKP-Ratsgruppe, muss die Stadt im kommenden Jahr über 380.000 Euro weniger ausgeben: Die DKP beantragt die Halbierung der Fraktionszuwendungen für die im Rat vertretenen Fraktionen beziehungsweise Gruppen. Auch auf der Einnahmenseite ließe sich was machen: Fast 4 Millionen Mehreinnahmen würde die

Anhebung der Gewerbesteuer von 490 auf 520 Punkte einbringen.

Die Verwaltung geht davon aus, dass Bottrop am Ende des Jahres mit über 150 Millionen Euro Liquiditätskrediten (grob vergleichbar mit dem Dispositionskredit im Privatbereich) bei den Banken in der Kreide stehen wird. Am Ende 2024 soll sich diese Verschuldung auf fast 200 Millionen Euro erhöhen, bis 2027 auf fast 300 Millionen.

Die Verschuldung ist nach Auffassung der DKP ein Ergebnis der Finanzpolitik von Bund und Land, die immer mehr Aufgaben auf die Kommunen verlagern, ohne dafür einen finanziellen Ausgleich zu schaffen. Die Städte brauchen einen Rettungsschirm, der sie von den Zins- und Kreditzahlungen an die Banken befreit. Für Zinsen und Finanzaufwendungen wird die Stadt Bottrop im kommenden Jahr über 7 Millionen Euro aufbringen müssen. Das ist aber bei weitem nicht das Ende der Fahnenstange: Bis zum Jahr 2027 soll sich dieser Posten auf dann über 14 Millionen Euro verdoppeln. Die DKP stellt zum wiederholten Mal fest, dass die Banken die Hauptprofiteure der öffentlichen Verschuldung sind.

Unhaltbare Situation

Die Überschuldung der Stadt ist nun wahrlich nichts Neues. Und dass Land und Bund die Städte nicht nur im Stich lassen, sondern im Gegenteil diese unhaltbare Situation noch verstärken, ist ebenso alt. „Die schlimmsten Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet“, kritisierte der damalige DKP-Ratscherr Michael Gerber vor über zehn Jahren die Streichliste, die da-



Foto: Werner Sarbok

Auf der Arbeitstagung der DKP-Ratsgruppe diskutierten Heinz Sabelleck (links) und Irmgard Bobrzik intensiv ihre Positionen zum vorliegenden Entwurf des städtischen Haushalts.

mals die Bottroper Verwaltung den Ratsmitgliedern vorlegte. „Am Ende des Stärkungspaktes wird Bottrop kaputtgespart sein, ohne sich nennenswert entschuldigt zu haben. Wird dieses Spar-diktat umgesetzt, will niemand mehr in unserer Stadt leben. In-

novation City wird zu einer leeren Hülle, weil die Menschen sich abwenden von einer Politik der sozialen Kälte, kultureller Armut und einer Bildungspolitik, die die Armen unserer Stadt ausgrenzt.“

Irmgard Bobrzik

Kommentar von Heinz Sabelleck

Sparen zu Lasten der Armen

Am 19. September hat der Rat beschlossen, die „Richtwerte zur Angemessenheit der Kosten der Unterkunft“ um weniger als 1,85 Prozent zur erhöhen. Damit wird festgelegt, welche Höchstsätze für die Mieten für Bezieher von Transferleistungen gezahlt werden. In der Sitzung habe ich darauf hingewiesen, was es für die Menschen bedeutet, wenn die Miete oberhalb dieser Richtwerte liegt oder wenn die Wohnung einige Quadratmeter zu groß ist:

„Von dem niedrigen Bürgergeld, das nur minimale Bedürfnisse abdeckt, muss diese Differenz bezahlt werden. Da ist die Auswahl der Einschränkung nicht groß: Es geht um weniger Essen, weniger Taschengeld für die Kinder oder Streichung des kleinen Familienausflugs am Wochenende.“

Eine große Ratsmehrheit hat entschieden, was die betroffenen Mitbürger nun ausbaden müssen. Nur die Ratsgruppen der DKP und der Partei „Die Linke“ haben diese völlig unzureichende Beschlussvorlage abgelehnt und sich für eine deutliche Erhöhung der Richtwerte ausgesprochen.

Der sozialdemokratische Ratscherr Daniel van Geister reagierte übrigens auf meinen kleinen Redebeitrag und warf uns „Polemik“ vor. Leider hat er nicht zugehört, denn von Zwangsumzügen habe ich überhaupt nicht gesprochen. Aber noch merkwürdiger ist sein Tipp, mit Vermietern über die Senkung der Grundmieten zu reden. Wohnungsbaukonzerne wie die Vonovia werden wohl jedem etwas husten, der an ihre „soziale Verantwortung“ appelliert.

DKP Bottrop lädt ein zur Infoveranstaltung

Westafrika auf dem Weg in die Unabhängigkeit?

Westafrika ist die ärmste Region der Welt. Viele Menschen assoziieren sie mit Hunger, Dürre und Kindersoldaten in Bürgerkriegen. Das war nicht immer so: Mansa Musa, Anfang des 14. Jahrhunderts König des Reichs Mali, gilt bis heute als der reichste Mensch, der je gelebt hat.

Über 500 Jahre Sklaverei und Kolonialismus haben Westafrika stark zugesetzt. Nach dem Ende des Kolonialismus 1960 ging es kurz bergauf – dann zogen die einstigen Kolonialherren die Zügel wieder straff, stoppten die beginnende Industrialisierung und sorgten dafür, dass Rohstoffe und landwirtschaftliche Erzeugnisse wieder günstig nach Europa flossen.

Bürgerliche Medien berichten kaum über Westafrika. Wenn, dann wärmen sie alte Klischees und Vorurteile auf. Die Region gleite ab in eine Spirale aus Elend und Gewalt, heißt es in den letzten Jahren wieder häufiger. Das zarte Pflänzchen der Demokratie werde zertreten von machtgierigen Militärs, die sich in Guinea, Mali, Burkina Faso und Niger an die Macht geputscht hätten.

Die Übergangsregierungen, die sich dort gebildet haben, behaupten hingegen, sie wollten



Seit dem 30. September 2022 sind in Burkina Faso Militärs unter Hauptmann Ibrahim Traoré an der Macht. Wer sind diese Militärs, die in der Region eine große Rolle spielen?

den alten Traum von echter Unabhängigkeit endlich verwirklichen und sich ein für alle Mal der alten Kolonialmächte entledigen.

Mali, Burkina Faso und Niger haben das französische Militär nach Hause geschickt. Diese Länder suchen sich neue Partner und stellen die Entwicklung der eigenen Wirtschaft in den Vordergrund.

Eine Infoveranstaltung der DKP Bottrop am 30. November um 19 Uhr beleuchtet die aktu-

elle Situation und die Umbrüche in Westafrika.

Wer sind die Militärs, die sich an die Macht geputscht haben? Was treibt sie? Was halten die Menschen in Westafrika von ihnen? Versinkt die Region im

Chaos – oder erkämpft sie sich tatsächlich die lang ersehnte Unabhängigkeit?

Diesen und damit verbundenen Fragen geht Valentin Zill nach. Er ist Redakteur bei *Unsere Zeit (UZ)*, der Wochenzeitung der DKP und hat Ethnologie, Soziologie und Afrikanistik an der Universität Bayreuth studiert. Zill hat in Côte d'Ivoire und Äthiopien gelebt und schreibt regelmäßig über aktuelle Entwicklungen in Westafrika.

Westafrika auf dem Weg in die Unabhängigkeit?

Donnerstag, den 30. November um 19 Uhr
im Clemens-Kraienhorst-Zentrum der DKP
Germaniastraße 54, Bottrop

Ich möchte die UZ, die Wochenzeitung der DKP, kennenlernen. Bitte schickt Sie mir für 6 Wochen kostenlos zu.

Name	Vorname
Straße, Hausnummer	PLZ Ort
E-Mail	Telefon
Ort, Datum	Unterschrift

Einsenden an: CommPress Verlag GmbH, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
E-Mail: info@unsere-zeit.de

SDAJ lädt ein zu einer Kuba-Veranstaltung in Bottrop

Sozialismus mit Herz und Verstand

Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) waren im Juli und August als Brigadistinnen und Brigadisten auf Kuba.

Am 26. Juli erlebten sie in Santiago de Cuba die Feierlichkeiten zum 70. Jahrestages der Erstürmung der Moncada-Kaserne. Eine Lichtshow zeigte die Gesichter der jungen Kämpferinnen und Kämpfer, erzählte die Geschichte des Unabhängigkeitskampfes und der kubanischen Revolution. Auf der Bühne sprach Präsident Miguel Díaz-Canel über die heutigen Ziele und wie gegen Probleme auf der Insel bewusst vorgegangen wird. Zwischendurch Musik, traditionelle und moderne kubanische Tänze. Vor der Kaserne sitzen über 10.000 Kubanerinnen und Kubaner, alle rot gekleidet. In der ersten Reihe: Raúl Castro und weitere Helden der Revolution. Es ist eine große Feier der Revolution in Erinnerung an den Sturm auf die Moncada-Kaserne, der zwar militärisch scheiterte, aber doch ein wichtiges Signal



Praktische Arbeit in der kubanischen Landwirtschaft

für die kubanische Revolution gab. Und mittendrin: 25 Jugendliche aus Deutschland.

Der Besuch der Fiesta Moncada in Santiago war Teil des Programms der ersten Solidaritätsbrigaden der SDAJ seit zehn Jahren. Mit jeweils 25 Jugendliche aus ganz Deutschland besuche der Jugendverband in zwei Gruppen für je zwei Wochen unter anderem Schulen, Krankenhäuser, Landwirtschaftsbetrie-

be, Nachbarschaftskomitees und das Forschungszentrum, in dem die fünf Impfstoffe gegen Covid entwickelt wurden. Sie lernen das Leben auf Kuba und die kubanische Kultur kennen und tauschten sich mit den Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Jugend Kubas aus. Das Ziel der Brigaden war: Die Solidarität mit Kuba stärken und den Sozialismus mit eigenen Augen erleben.

Die Fahrt war ein eindrucksvolles Erlebnis trotz der sehr schwierigen Situation, in der Kuba momentan steckt. 2021 wurde die Blockade durch US-Präsident Donald Trump noch verschärft. Seitdem steht Kuba auf der Liste der staatlichen Terrorunterstützer. Dadurch wurden Importe noch weiter erschwert, der für Kuba sehr wichtige Tourismus nahm drastisch ab.

Dann kam die Corona-Pandemie: Kuba hatte zwar deutlich weniger Tote als Deutschland und entwickelte sogar fünf Impfstoffkandidaten und hervorragende Medikamente gegen Corona. Doch die Produktion stand vielerorts zugunsten der Gesundheit still. Die aktuellen weltweiten Preissteigerungen und Naturkatastrophen erschweren die Situation weiter. Kuba fehlt es gerade an vielem: Medikamente, Schmerzmittel, Kondome. Lebensmittel sind oft teuer. Die jährlichen Schäden durch die völkerrechtswidrige Blockade liegen bei einigen Milliarden US-Dollar. Kuba braucht die internationale Solidarität.

Die Brigadisten erfuhren, dass die Kubaner aktuell über Lösungen und Auswege aus der aktuellen Situation diskutieren. Über die zentralen Ziele sind sich die Gesprächspartner einig: Die Blockade und der Medienkrieg müssen bekämpft und die nationale Produktion gesteigert werden. Damit will Kuba unabhängiger von Importen werden. In diesem Zusammenhang wird auch über eine höhere Eigenständigkeit der staatlichen Betriebe und die Stärkung ihres sozialistischen Charakters diskutiert. Zugleich gibt es mittlerweile auch private Betriebe mit bis zu 100 Beschäftigten in Kuba, mit denen die Produktion gesteigert, die Blockade umgangen und Auslandsinvestitionen und Devisen eingeholt werden sollen. Bei allen Maßnahmen ist aber klar: Das staatliche, das sozialistische Eigentum wird weiterhin Vorrang haben und kein Kubaner wird zurückgelassen.



Auch der Besuch einer Schule gehörte zum Programm

Fotos: SDAJ

„In Kuba kann man lernen, was es heißt, ein Revolutionär zu sein.“

**Mitglieder der SDAJ-Solidaritätsbrigaden berichten über ihre Erlebnisse
Donnerstag, den 7. Dezember um 19 Uhr
im Clemens-Kraienhorst-Zentrum der DKP
Germaniastraße 54, Bottrop**

Neues Logistikzentrum am Hauptbahnhof:

Das braucht Bottrop nun wirklich nicht!



Auf dem ehemaligen Benteler-Gelände entsteht gerade das neue Hauptlager des Logistikkonzerns „Yusen Logistics Deutschland“. Ich wohne nun in der Nähe des Hauptbahnhofs und kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie wir zukünftig mit der Erhöhung des Lkw-Verkehrs klarkommen sollen. Von 50 bis 70 Touren am Tag für die An- und Auslieferung ist die Rede, und das in einem Stadtteil, der ohnehin mit dem Verkehr völlig überlastet ist,

insbesondere während der Stoßzeiten.

Eine völlig falsche Verkehrspolitik wird weitergeführt: Noch mehr Güterverkehr auf die Straße, und das ausgerechnet in Bereiche, die schon jetzt unter Lärm und Schadstoffemissionen leiden. Und dann wird es völlig skurril, wenn der Baudezernent Klaus Müller „einen Plan B“ aus dem Ärmel zieht: die Verlängerung der Straße An der Knippenburg über die Knappenstraße hinaus über das Gelände von Prosper II bis zur Prosperstraße. Laut WAZ „könnten wir bis zum Jahr 2028 fertig sein“. Für den Straßenneubau gibt es offensichtlich Geld ohne Ende – von uns Steuerzahlern, versteht sich.

Zusätzlich droht uns ja auch noch mit dem geplanten Ausbau der B 224 zur Autobahn A 52 eine jahrelange Dauerbaustelle, was dazu führen wird, dass ein Teil dieses Verkehrs die Essener Straße als Umleitung nutzen wird. Und dann geht nichts mehr.

Heinz Sabelleck



Infostände der DKP gehören zum Stadtbild von Bottrop, hier im Eigen. Im Vordergrund ist Erdal Dereli, als sachkundiger Bürger arbeitet er in der DKP-Ratsgruppe mit. Im Hintergrund Carol Schröder, Kreisvorsitzender der DKP.

Wir setzen uns für eine solidarische Stadt ein. Wenn du dabei mitmachen möchtest, bist du bei uns herzlich willkommen!
Ruf uns an unter 02041 688157 – wenn das Büro nicht besetzt ist, auf den Anrufbeantworter sprechen, wir melden uns.
Du erreichst uns auch per E-Mail: Bottrop@dkp.de.

Spendenkonto der DKP Bottrop

Sparkasse Bottrop – IBAN: DE25 4245 1220 0000 0071 12

Erfolg der DKP in Gladbeck

Energiesperren halbiert

Im Jahr 2022 wurden in Gladbeck insgesamt 367 Energiesperren durchgeführt. Dies sind 367 zu viel, aber immerhin weniger als in den Vorjahren, in denen durchschnittlich 800, mitunter bis zu 1.000 Haushalten der Strom abgeklemmt wurde.

Seit 14 Jahren prangerte die DKP Gladbeck Energiesperren öffentlich und im Stadtrat über ihren Ratsvertreter an. Energiesperre bedeutet für die Betroffenen: Kein Licht, kein Kühlschrank, kein Herd, kein Internet, kein Telefon, oft auch keine Heizung. Kurzum: Man sitzt im Dunkeln und im Kalten und ist von der Öffentlichkeit weitgehend abgeschnitten. Das Bundessozialgericht hatte zu Recht die Feststellung getroffen, dass als Folge einer Energiesperre eine Wohnung regelmäßig nicht bewohnbar ist.

Es trifft hauptsächlich die Ärmsten; aber nicht nur die. Auch mittelständische Haushalte geraten in unerwartete Finanznot und können ihre laufenden Rechnungen nicht bezahlen. Dann erwischt es auch sie. In Deutschland werden jährlich etwa 300.000 Haushalte Opfer von Energiesperren.

Über den Hebel von Energiesperren nutzen die Unternehmer ihre Macht, die Profite hochzuhalten. Andere Wirtschaftskreise wie beispielsweise Handwerker oder Verkäufer haben derartige Hebel nicht, um ihre Forderungen beizutreiben.

Für das Verbot von Energiesperren kämpft die DKP Gladbeck seit mehr als zehn Jahren. Die Verwaltung und die übrigen Parteien, insbesondere die SPD, erkannten allmählich, dass man mit dem Thema ernsthafte umgehen muss. Der DKP-Stadtrat Gerhard Dorika konnte eine günstige Situation bei den Haushaltsberatungen im Herbst 2021 für das Jahr 2022 ausnutzen, um das Verbot von Stromsperren für die Wintermonate Dezember 2021 bis Anfang Februar 2022 durchzusetzen. Gleiches, mit gewissen Einschränkungen, für den Folgewinter 2022/2023.

Durch jahrelanges hartnäckiges Auftreten der DKP und durch den Erwerb der Mehrheitsanteile an den Energieversorgern durch die öffentliche Hand gelang es in Gladbeck, viele hundert Mitbürger vor den Grausamkeiten einer Energiesperre zu bewahren.

AfD-Blamage im Bottroper Rat

Alles nur geklaut

Die AfD-Vertreter im Bottroper Rat wollten in der Sitzung im September auch mal was sagen und brachten einen Antrag gegen das „Gendern“ bei der Verwaltung ein, also einer Gestaltung der Sprache, die alle Geschlechter berücksichtigt.

Nur – das hat die Verwaltung gar nicht vor. Also bestand kein Handlungsbedarf für eine Ratsentscheidung und so wurde durch den Antrag der Rechten nur Zeit verplempert.

Aber nicht nur das. Sven Hermens, Ratsherr der Linkspartei, informierte auf der Sitzung des Rates, dass ein im Wesentlichen identischer Antrag mit dem exakt gleichen Titel am 23. Juni 2022 von der AfD im Gelsenkirchener Rat gestellt wurde. Sven Hermens: „Dort wurde dieser Antrag in der Debatte zur Tagesordnung der Ratsitzung in den zuständigen Ausschuss überwiesen. Dieser Antrag hatte nämlich keinen kommunalpolitischen Bezug, erst recht keine Dringlichkeit und war nur ein Teil in einer riesigen Inszenierung der AfD in der allerersten Sitzung des Gelsenkirchener Stadtrates, die im Livestream übertragen wurde.“

Die AfD-Fraktion in Bottrop brauchte 15 Monate, um den Gelsenkirchener Antrag zu kopieren, und hat sich damit trefflich blamiert. Solche Armutzeugnisse machen deutlich, dass die AfD für die Menschen in unserer Stadt nichts zu bieten hat.

Kommt der Ausbau der B 224 zur Autobahn A 52?

Mehr Lärm und Abgase im Bottroper Süden

Die Planung der A 52 ist mittlerweile 40 Jahre alt. Ursprünglich war sie als Transitstrecke zwischen Hamburg und Rotterdam geplant. Von einer Gesamtplanung ist heute keine Rede mehr, alles dreht sich um Lückenschlüsse. In Bottrop ist das der Umbau der B 224 in eine Autobahn. Die „Bottroper Notizen“ sprachen mit Norbert Porwol über den Stand der Planungen und die drohenden Gefahren für Mensch und Umwelt.



Fotos: Werner Sarbok

B 224: Der Ausbau bedeutet noch mehr Transitverkehr durch Bottrop.

Bottroper Notizen: Der Ausbau der B 224 in Bottrop zur Autobahn A 52 ist in der Prioritätenliste des Bundes nach oben gerückt. Was heißt das?

Norbert Porwol: Das bedeutet, dass der Bund mit vordringlichen Maßnahmen, auch Geldbereitstellung, in die Planung geht. Das heißt, bevor irgendwelche anderen neueren Projekte angegangen werden, ist dieser Ausbau eines der – ich sag mal so eine Zahl – 50 wichtigsten Projekte vom Autobahnplanungen in Deutschland.

Bottroper Notizen: Was würde der Umbau der B 224 für die Menschen in den angrenzenden Stadtteilen bedeuten?

Norbert Porwol: Für die Menschen in den angrenzenden Stadtteilen bedeutet das zum einen mehr Lärm und mehr Abgase. Autobahnen sind keine Umweltzonen, die sonst üblichen Abgasnormen gelten dort nicht. Für etliche Anwohner bedeutet der Ausbau eine acht Meter hohe Schallschutzwand, nur wenige Meter von ihrer Wohnung entfernt.

Um die 60 Hektar Grünfläche würden in Bottrop vernichtet. In den Ausgleichsflächen, die ja auf-

geforstet werden müssten, fiel dann möglicherweise wertvolle Ackerfläche für die Lebensmittelproduktion weg.

Zum anderen würde der Ausbau über lange Jahre innerstädtisch zu einem Chaos im wahren Sinne des Wortes führen, weil viele Querverbindungen und jetzige Zugänge zur B 224 baustellenbedingt wegfallen würden. Dieser Verkehr muss dann über die innerstädtischen Straßen abgewickelt werden. Und die Stadt Bottrop ist im Augenblick wie auch schon seit Jahren nicht dazu bereit, eine Verkehrsprognose zu erstellen für den Fall, dass der Autobahnausbau beginnt. Denn dann würde sich zeigen, dass die meisten Straßen wie die Horster Straße, Prosperstraße, Gungstraße und die kleineren Querstraßen, über die dann umgeleitet würde, so überlastet wären, dass sie den zusätzlichen Verkehr gar nicht mehr packen können.

Bottroper Notizen: Wie würde sich der Ausbau auf das Verkehrsaufkommen auswirken?

Norbert Porwol: Aufgrund des Lückenschlusses zwischen der A 52 in Gelsenkirchen und der A 52 in Essen käme es zu einem erhöhten Verkehrsaufkommen.

Mir liegt ein Schreiben der Bundesregierung vor, in dem für diesen Streifen von Gelsenkirchen bis nach Essen 140.700 Fahrzeuge innerhalb von 24 Stunden prognostiziert werden.

Bottroper Notizen: Was ist der Stand heute?

Norbert Porwol: Heute sind wir so bei knapp 70.000. Das ist eine Angabe vom Bundesministerium Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung vom 22. 1. 2009.

Bottroper Notizen: Welche Alternativen siehst du zu diesem Ausbau?

Norbert Porwol: Da wäre der öffentliche Nahverkehr. Zum Beispiel gab es früher entlang der 224 eine Buslinie. Die ging von Marl über Gelsenkirchen, Gladbeck, Bottrop bis nach Essen und weiter. Und das in beide Richtungen. Die sind so jede Viertelstunde gefahren. Und das wäre dann eine Entlastung pro Stunde von circa 200 bis 400 Fahrzeugen.

Und es würde genauso noch eine zweite Möglichkeit geben, die wir zum Beispiel in Hamburg am Elbtunnel nutzen. Man könnte diese vierspurige Bundesstraße, die wir zurzeit haben, genauso aufbauen wie diesen Tunnel. Dementsprechend könnte man morgens von Essen aus Richtung Gladbeck auf einspurig gehen, weil da kaum Verkehr ist, und Richtung Essen auf dreispurig. Und abends genau umgekehrt. Dadurch brauche ich den Ausbau nicht, und der Verkehr wird trotzdem fließen.

Bottroper Notizen: Hältst du den Neubau von Autobahnen heute überhaupt noch für zeitgemäß?

Norbert Porwol: Nein. Heute halte ich es eher für zeitgemäß, das, was wir an Infrastruktur haben, vernünftig zu warten und instandzuhalten. Damit wir überhaupt fahren können. Genauso gut ist ja in dieser neuen Planung drin, dass wir Flüsterasphalt bekom-

men, aber Straßen NRW oder jetzt die Autobahn GmbH ist nicht dazu bereit, eine Garantie zu übernehmen, dass dieser Flüsterasphalt nach sieben Jahren erneuert wird. Weil dann nämlich die Schallschutzwirkung gleich Null ist.

Bottroper Notizen: Was erwartest du denn jetzt in Vorbereitung dieses möglichen Ausbaus von der Stadt Bottrop?

Norbert Porwol: Also ich erwarte, dass überhaupt erst mal wieder mit den Bürgern gesprochen wird und dass man nicht seit Jahren das Ganze laufen lässt, ohne irgendwelche Gespräche zu führen. Und ich erwarte von der Stadt Bottrop, dass sie sich auch für die Bürger hier im Bottroper Süden interessiert, nicht nur für die Menschen in Stadtmitte, der Rest ist uns egal. Der Süden fällt hinten runter. Denn wenn ich davon ausgehe, ich verdoppele die Fahrzeuge, die dann durch unsere Stadtteile fahren, darunter ein Großteil an LKWs, dann habe ich zumindest die doppelte bis dreifache Schadstoffmenge, die hier auf der Strecke herausgeblasen wird.

Bottroper Notizen: Was erwartest du von der Autobahn NRW AG?

Norbert Porwol: Ich erwarte die Bereitstellung, wie weit überhaupt die Planung ist, wie weit sie mit den ganzen Einsprüchen sind. Und zumindest einen Zeithorizont, wann es zur Erörterungsphase kommt. Denn mein letzter Stand ist, dass die ganzen Einsprüche noch nicht bearbeitet sind und für die Bearbeitung der Einsprüche wird noch mindestens ein halbes Jahr benötigt.



Norbert Porwol kämpft bereits seit Jahren gegen den Umbau der B 224 zur Autobahn A 52

Die AfD profitiert von der volksfeindlichen Politik der Bundesregierung

Freiheit für wen?



Protest gegen die rassistische Hetze der AfD ist notwendig, wie hier in Recklinghausen.

Die AfD strebt ein freiheitliches Paradies für Unternehmer nach dem Vorbild der USA an. Wer aber die Freiheiten der Kapitalisten in den USA haben möchte, wird auch das dazugehörige gesellschaftliche Elend eines weiter entfesselten Kapitalismus herbeiführen. Eine sich auf ganze Straßenzüge ausbreitende Obdachlosigkeit bei gleichzeitig leerstehenden Spekulationsobjekten. Verwahrlosung und Kriminalität und einen Polizeistaat, der nicht die immense Kriminalität verringert, aber privatisierte Gefängnisse füllt.

Der Blick auf den schon weiter entwickelten zerstörerischen Kurs des Kapitalismus in den USA zeigt die Zukunft auf, welche die AfD mit Vollgas erreichen möchte.

Die neuerlichen Stimmengewinne der AfD bedeuten schon jetzt Machtgewinn für eine Partei, deren verbrecherisches Potential von vielen Menschen unterschätzt wird.

Im Laufe der Entwicklung der AfD, gestartet als Mischbewegung aus rechten Mitgliedern von CDU, CSU und FDP, aus Einzelpersonen der Wirtschaft und aus Teilen des faschistischen Spektrums, prägten verschiedene Akteure nacheinander das Außenbild der Partei. Bis heute schafft es die AfD, sich über prominente Mitglieder nach außen ein Image zu erarbeiten, welche sie teils als eine vermeintlich harmlose kon-

servative Nationalpartei der kleinen Leute erscheinen lässt. Die offen faschistischen Kräfte des sogenannten „Flügel“ spielten bereits, wenn auch größtenteils noch im Hintergrund beim Anti-EU-Euro-Kurs, eine tragende Rolle in sämtlichen Bereichen der Partei. Seine tatsächliche Macht stellte der Flügel stets dann unter Beweis, wenn rechtskonservative Mitglieder der AfD aufgrund öffentlichen Drucks nach inszenierten verbalen Eskalationen gegen Vertreter des Flügels tätig wurden. Die Gegner des Flügels verloren stets in Auseinandersetzungen und verließen jeweils kurze Zeit später isoliert die AfD, welche sich mit jedem Abstoßen unbequemer und ausgedienter Konkurrenz weiter konsolidierte. Nach dem Ausscheiden von Jörg Meuthen wurde es ruhiger um den faschis-

tischen Teil der Partei. Größere verbale Eskalationen blieben aus. Die AfD etablierte stattdessen gemeinsam ein erfolgreiches Trugbild nach außen.

Das Aufgreifen von bereits durch bürgerliche Medien und Politikern geschaffenen Feindbildern und Sündenböcken stellt eine Konstante von der Gründung bis zur heutigen AfD dar. Perfide betreibt die AfD eine rassistische und entmenschlichende Hetze gegen unsere Mitmenschen mit arabischen, türkischen, persischen, afrikanischen und anderen Wurzeln.

Neben rassistischer Hetze und Aufzeigen von Sündenböcken stellen die Ankündigungen von Massenabschiebungen von Mitmenschen ohne oder aberkannter Staatsbürgerschaft und eine Grenzschließung Deutschlands eine Hauptstütze ihrer Lösungsansätze dar. Dies ist nicht nur populistische Umschreibung ihrer Ziele in einer Regierung, der von der AfD wahnhaft herbeihalluzinierte Kampf des deutschen Volkes gegen einen inneren und äußeren invasiven Feind kann auch als Aufstachelung zum Bürgerkrieg verstanden werden.

Die AfD und das faschistische Spektrum vergehen nicht von alleine. Die sich weiter radikalisierende und zunehmend enthemmte Anhängerschaft birgt eine potentielle Gefahr, gegen die wir uns in unseren Vierteln organisieren müssen. Einen weiteren Machtgewinn der AfD verhindern zu wollen muss auch heißen, den Regierungsparteien entgegenzutreten, welche mit ihrer volksfeindlichen Politik immer mehr Menschen in die Arme der AfD treibt.

Als internationalistische Arbeiterpartei lehnen wir nationalistische und rassistische Spaltungen ab. Internationale Solidarität bedeutet für uns nicht nur solidarischen Beistand gegenüber Völkern im Kampf um Souveränität und Freiheit von imperialistischer und neokolonialer Unterdrückung, unsere internationale Solidarität gilt auch allen Menschen in Deutschland, welche ohne Staatsbürgerschaft von den wenigen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Mitbestimmung ausgeschlossen sind und immer wieder als Opfer populistischer Stimmungsmache erhalten sollen. Wir kämpfen gemeinsam mit allen Menschen, die ein solidarisches Deutschland nach innen wie nach außen erreichen möchten.

Carol Schröder



„Der Machtgewinn der marktradikalen, antisozialen und rassistischen AfD kann uns nicht kalt lassen“, meint Carol Schröder, Kreisvorsitzender der DKP Bottrop.

Antifaschistische und antiimperialistische Treffen

An jedem zweiten Mittwoch im Monat findet im Clemens-Kraienhorst-Zentrum der DKP, Gemaniastraße 54, von 19 bis 21 Uhr das „Café Las Brigadas Internacionales“ als offener Treffpunkt für antifaschistisch und antiimperialistisch orientierte Menschen statt.